

Bezugs-Preis

In der Hauptstadt oder deren Umgebungen abgeholt: vierteljährlich 4 M., bei zweimonatlicher Abholung 7 M., bei monatlicher Abholung 10 M. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierteljährlich 4 M. 50, für die übrigen Länder laut Preisverzeichnis.

Redaktion und Expedition:

Leipzig, Hauptstadt, Universitätsstr. 8, 2. Etage, Telefonstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Königsplatz 84, Hauptbahnhof, Postfach 1718.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl-Neuberg, Postfach 10, Hauptbahnhof, Postfach 4608.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

Die 6spaltige Zeile 25 M., 4spaltige 30 M., 3spaltige 35 M., 2spaltige 40 M., 1spaltige 45 M. ...

Annahmeschluss für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr. Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Der Dreyfusstragikomödie dritter Teil.

Die französische Deputiertenkammer hat in der letzten Woche so erregte Sitzungen erlebt, wie man sie selbst bei dem leicht aufbrauenden Volke, das im Palais Bourbon herrscht, nur selten vergehen kann. Eigentlich handelt es sich nur um Wahlprüfungen, die nicht nur bei uns, sondern auch in Frankreich ziemlich interesslos zu verlaufen pflegen.

Die Regierung hatte eine recht zweifelhafte Rolle gespielt. Sie hatte sich zuerst dem Jaurès'schen Vorgehen sehr entgegenkommen gezeigt, da sie hoffte, ihre Todfeinde im liberal-nationalistischen Lager und in der Generalfabrik der 'Gauche' damit zu treffen. Sie wollte jedoch noch während der Sitzung eine deutliche Schwankung, gab die Dreyfusards sans phrase preis und begründete sich damit, dass General Dreyfus den famosen Brief 'Velleux' zum Gegenstande einer militärgerichtlichen Untersuchung machen wird.

mischung. Das in Wahrheit einzige Neue, was Jaurès vorbrachte, der Brief des Generals Velleux und seine Unterzeichnung durch Gaudignac ist an sich freilich sensationell genug. Es zeigt an, wie sehr die Verwirrung der moralischen Begriffe vor vier bis fünf Jahren die Verheerung in der Dreyfusaffäre geführt hatte, zeigt aber auch gerade, wie gefährlich es wäre, dieses Lobwort noch einmal aufzuführen. Gaudignac hat man damals auf allen Seiten, und der antisemitische Abgeordnete Salles konnte gleich Herrn Jaurès mit einem Gaudignac-Brief aus dem Jahre 1898 als Beweis für die Unschuld des Dreyfus angeführt werden.

So verließ also die ganze Aktion im Sande. Mit der militärgerichtlichen Untersuchung im Falle Velleux wird der Rückzug der Dreyfusards gedeckt. Das Stück des Herrn Jaurès, das den dritten Teil der großen Tragödie bilden sollte, wird wohl ein kleines satirisches Nachspiel bleiben, das weder für das Schicksal des 'Helden' selbst, noch für den großen schicksalhaften Kampf, der sich hinter dem Namen Dreyfus abspielt, von Bedeutung ist. Für die Beurteilung der Jaurès'schen Aktion ist das Verhalten der ehemals revolutionären Presse sehr bezeichnend. Man schimpft ja nach Dreyfus' Tod auf Gaudignac, Velleux und wer sonst noch den Dreyfusardensoldaten vor die Klinge kommt; und es ist auch ganz natürlich, das Verbrechen zu beklagen, das man mit Erhalten von neuem den überwältigenden Reichtum der französischen Sprache an Schmähworten studieren kann. In der eigentlichen Dreyfusfrage selbst zeigt sich aber die radikal-socialistische Presse ungenügend zurückhaltend. Und das sieht hart nach Verlegenheit aus, das jeder, auch nur der geringste Sieg doch mit dem üblichen Kulwanen an Langenast ausgebrüllt wäre.

Der 'Radical' steht zwar einen Jübel des Scheiterns vor dem Scheitern von Rennes gestimmt und hofft das Weiter von der Zukunft. Die sozialistische 'Avenir' ist aber bereits sehr unzufrieden und ärgert sich, daß man den Kampf auf einem so schlecht vorbereiteten Gebiete begonnen habe. Die 'Aurore', das eigentliche Dreyfusblatt par excellence, legt kein Wort, die Jaurès selbst nachsprechende 'Petite République' läßt ihre Verdrossenheit hinter Redensarten zu verbergen, wie die, daß ja niemand hätte annehmen können, die Dreyfusaffäre würde durch Jaurès' Verbrechen ihren endgültigen Abschluß finden.

Man sieht, Eingeklinken und Luft zu neuen Waffengängen besteht nirgends. Das Land ist müde, sehr müde und müde Ruhe, keine neuen Kämpfe. Und das ist gut; denn von der abermaligen Kumburz der Volkseigenen in Frankreich hätten auch wir keinen Vorteil, sondern Schaden gehabt. F. W.

Deutsches Reich.

Leipzig, 14. April. (Staaten und Ströme.) Die praktische Politik muß sich mit dem Problem beschäftigen, welches Interesse ein Staat an einem Ströme hat, von dem ein Bruchteil innerhalb seiner Grenzen fließt. Soll Deutschland den Rhein haben, dessen Oberlauf der Schweiz, dessen Mündungen Ostland bedecken? Oder Dänemark die Elbe, die ihren ganzen Oberlauf in Dänemark verläuft? Wie weit reicht die Zuständigkeit des Dänemarks über die Elbe hinaus auf den deutschen Boden? Die Teilnahme Deutschlands an den Geschicken dieses mittleren und unteren Laufes? Diese und ähnliche Fragen wird Professor Friedrich Rappert in der letzten erschienenen zweiten Auflage seiner 'Politischen Geographie' (München, Völkner) aufzuwerfen, auf die wir hier folgen wollen. Die Teilnahme Deutschlands an dem Rhein ist ein Problem, das sich nicht nur in der geographischen, sondern auch in der politischen Hinsicht stellt. Die Rheinfrage ist eine Frage der Macht, der Macht der Nationen, die an dem Rhein fließen. Die Rheinfrage ist eine Frage der Macht, der Macht der Nationen, die an dem Rhein fließen.

einer aggressiven Politik aber vermag es den Weg aus dem Meer in die Gebiete der Überflutungen zu erschließen. Eine russische Flotte, die sich nach dem Bosphorus hinbewegt, ist ein Tagesmal der Überflutung, eine französische Flotte ein Beispiel der Überflutung der angrenzenden Gebiete. Daher die Tendenz, diese Gebiete zu neutralisieren, daher die Vorherrschaft des Berliner Kongresses, die bulgarischen Donauinseln zu schließen, daher die Verleumdung, welche Deutschland empfand, als 1884 Dänemark mit dem Besitze der Südschleswiger auch seine Drohstellung am rechten Ufer der Unterelbe verlor. Diese Ungleichheit bringt es mit sich, daß der Besitzer der Mündungen eines Strömes sich eines Einflusses kromatisch erfreut, der außer Verhältnis zu seinem Anteil am Ströme steht. Schon eine beschränkte Insel in der Mündung wiegt viele Meilen an beiden Ufern auf. Soll eine Teilung eines Strömes unter verschiedene Mächte stattfinden, dann ist es für alle am besten, wenn dieser politische wichtige Moment in den Händen einer Macht ist, die dessen Neutralität verbürgen kann, ohne groß genug zu sein, den Besitz zu monopolisieren. Dies ist der Zustand, den der Vertrag von 1858 bezüglich der Donau schuf, indem er die russischen Donauinseln unter die Aufsicht der Donauinseln legte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Donau in der Zukunft ein neutraler Kanal werden wird, der am fröhlichsten als ein neutraler Kanal dem Schutze der Handelsmächte unterstellt wird, wie es durch deren Garnisonen und durch die internationale Donau-Kommission schon vorbereitet wird. In der Zeit, die dem Teile der Donau zugehört, hat dieser Kanal einen Namen, der die Donau zu einem Kanal macht, das nicht in dem Sinne Deutschlands, Dänemarks, Serbiens, Rumaniens, Bulgariens ein Donaukanal ist, hat eigentlich keine Donau und sieht her auf den wichtigsten Teil des Strömes ab. Das Ideal der vollen Neutralisierung eines Strömes zwischen mehreren Staaten geteilt, dieses hat sich noch niemals verwirklicht.

Berlin, 14. April. (Die Straßburger Fakultät als Bannapfel für die Liberalen.) Die Straßburger Fakultät hat wiederholt in mehreren Erörterungen zwischen ihren liberalen Freunden und ihren liberalen Gegnern gestritten. Jetzt spielen sich diese Erörterungen derart ab, daß sich jener die Sicherheit der Straßburger Fakultät als Bannapfel für die Liberalen bezeichnet. Die Fakultät hat wiederholt in mehreren Erörterungen zwischen ihren liberalen Freunden und ihren liberalen Gegnern gestritten. Jetzt spielen sich diese Erörterungen derart ab, daß sich jener die Sicherheit der Straßburger Fakultät als Bannapfel für die Liberalen bezeichnet.

Berlin, 14. April. (Doppelpeil oder Rastlosigkeit?) Der Antritt des polnischen Radikalismus in Deutschland hat in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die polnische Radikalität ist ein Phänomen, das in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Die polnische Radikalität ist ein Phänomen, das in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat.

Polen ist übrigens der 'Rheinische Volkszeitung' abermals ein Verleumdung entworfen, das selbigen zu werden verdient; es ist in folgenden Sätzen enthalten: 'Das polnische Volk ist zu beherrschen. Sein Interesse am polnischen Vortradition hat man in gewissenloser Weise mißbraucht, lediglich zu politischen Agitationen.' - Das beschränkt sich auf die Forderungen der Polen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Wenn die gleiche Anschuldigung aus ganz ähnlichen Kreisen von 'Polen' vertreten wird, ruft die 'Rheinische Volkszeitung' Peter und Herdion.

Berlin, 14. April. (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen gestern nachmittag mit den vier weiblichen kaiserlichen Kindern eine Autofahrt nach dem Jagdschloß Grunow, wo der Tag genommen wurde. Gestern abend wohnte der Kaiser der Vorstellung im Opernhaus bei. - Gestern vormittag machte der Kaiser eine Promenade im Tiergarten, hatte im kaiserlichen Amt eine Besprechung mit dem Staatssekretär und hörte im Schloß die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiralstabes.

Berlin, 14. April. (Telegramm.) Die Auswechslung der Ratifikationserkunden zu dem Vertrage zwischen dem Deutschen Reich und dem Großherzogtum Luxemburg vom 11. November 1902 über den Betrieb der Württemberg-Luxemburg-Eisenbahn erfolgt heute im kaiserlichen Amt. - Der § 2 des Jesuitengesetzes und die Bundesstaaten. Unter dieser Widmark geht die Mitteilung durch die Presse, daß die Regierung von Reich & L. sich mitgeteilt worden, die Regierung von Reich & L. solle den Jesuiten in den Bundesstaaten zu Gunsten der Jesuiten abzugeben. Wer das dem Reich & L. mitgeteilt hat, so schreibt man der 'Köln. Volksz.' aus Reich & L., kann nur ein unwürdiger Mann sein. Denn erstens haben wir in unserem Lande überhaupt keine Sozialdemokraten im Plural, sondern nur einen einzigen Sozialdemokraten. Zweitens hat unsere Regierung über die Stellungnahme unseres Bundesratsvorsitzenden in der Frage des § 2 des Jesuitengesetzes vor einigen Wochen im Landtage die Sachlage völlig klargestellt, und zwar auf eine Interpellation der national-liberalen Abgeordneten Henning, Arnold und Bach. Der Präsident der Bundesregierung und Bundesratsvorsitzende Herr v. Meisinger äußerte sich damals ungefähr dahin, daß der Reichstag die Stellungnahme des Bundesratsvorsitzenden von Reich & L. in dieser Frage noch nichts verfügt habe. Dies wird nun aber wohl mittlerweile gefahren sein. Bei der gesamten Denkart des Reichstages, und da ferner, wie man weiß, der Bundesratsvorsitzende seines eigenen Landes, Reich & L., gegen Aufhebung des § 2 zu stimmen angewiesen worden ist, kann es nicht zweifelhaft sein, daß namentlich auch der Bundesratsvorsitzende von Reich & L. angewiesen sein wird, ebenfalls gegen die Aufhebung des § 2 zu stimmen.

Gleichzeitig mit der Publikation des vom s. d. W. baltischen Gesetz, für die Feststellung des preussischen Staatshaushalts für das Etatsjahr 1903, sind auch mehrere der durch den Etat neu geschaffenen Beamtenstellen besetzt worden. So ist der bisherige Ministerialdirektor, Wirkliche Geheimrat Rat Alfred Schulz zum Unterstaatssekretär der Bauabteilungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und der Ober-Bauinspektor Rat Friedrich Eym zum Ministerialdirektor ernannt worden. Bisher gab es im Ministerium der öffentlichen Arbeiten nur eine Bauabteilung, deren Direktor seit 1880 Herr Schulz war; ihm standen als oberste technische Beamte für den Hochbau und den Wasserbau zwei Ober-Bauinspektoren zur Seite. Jetzt sind zwei Bauabteilungen aus für diese die Stelle eines besonderen Unterstaatssekretärs eingerichtet worden. Der Unterstaatssekretär ist gleichzeitig Direktor der Abteilung für den Hochbau, während der bisherige Unterstaatssekretär für den Wasserbau zum Ministerialdirektor ernannt ist. (Wald. Ztg.) - Damit ist die in neuerer Zeit von verschiedenen interessierten Seiten angeregte Neuregelung der preussischen Wasserverwaltung im antragsgemäßen Sinne erfolgt. Die Wasserbauverwaltung ist nunmehr in die Abteilungen der Wasserbauabteilung an das Landwirtschaftsministerium.

Hamburg, 13. April. Es ist bemerkenswert, dem Stand der gegenwärtigen Lohnbewegung zu beobachten; fast überall haben nämlich angeblich die gewerkschaftlichen Kämpfer, den Arbeitern eine bessere Lage durch höhere Löhne und geringere Arbeitszeit zu verschaffen, vollständig. Nachdem die Zentralverbände und Akkordarbeiter sich äußerlich wieder vereinigt haben zum Zweck der Durchsetzung des neunundzwanzigsten, reden ihre Organe gleichwohl davon, daß die Konjunktur im Bauwesen nicht derartig ist, daß man eine Lohnbewegung riskieren könne. Genau dieselbe Taktik wird innerhalb des Zentralverbandes der Drahterzeugnissebetriebe innegehalten; während die Sektion I dieses Verbandes, die Vierkants, Stahlscheitels und Drahtbetriebe, bereit sind, in einen Ausnahmefall einzutreten, halten die übrigen Sektionen damit zurück und erklären, die Metallarbeiter abzugeben zu wollen. Wenn man diese Bemerkung mit einer vorläufigen Erklärung des zweiten Vorsitzenden des Zentralverbandes der Drahterzeugnisse, Gillinge, der meinte, in zwei Monaten sei die Zeit zu einem Erfolg gekommen, so ist klar, daß die Sozialdemokratie nicht nur in den politischen, sondern auch in den gewerkschaftlichen Verbänden alle Kräfte sammelt, um zu den Reichstagswahlen vollkommen gerüstet zu sein. Alle sogenannten Lohnforderungen, die vor diesem Termine gestellt werden, sind demgemäß Spiegelerscheinungen; nach dieser Zeit mögen sich die Arbeiter geirrt halten. (Wald. Ztg.)

Donau, 14. April. Die hiesigen Zimmergesellen sind heute in den Kasernen getreten. (Wald. Ztg.)